

Dr. Dieter Neger
Rechtsanwalt,
Sachverständiger für Abfallwirtschaft und
Recycling

Mag. Andreas Ulm
Rechtsanwalt

Dr. Thomas Neger
Rechtsanwalt

AUFTRAG UND VOLLMACHT SOWIE ALLGEMEINE AUFTRAGSBEDINGUNGEN UND DATENSCHUTZERKLÄRUNG

der Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH

Anderkonto:
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG,
IBAN AT222081500001904432,
BIC STSPAT2GXXX;
Landes-Hypothekenbank Steiermark AG,
IBAN AT075600020141360567,
BIC HYSTAT2G
UID-Nummer ATU69747036
RA-Code P610373
DVR 4012230

Es wird gemäß §19a RAO die Bezahlung
der Kosten zu eigenen Händen begehrt.

Fassung vom 25.05.2018

A) Auftrag und Vollmacht

1. Der Mandant erteilt der Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH **entgeltlichen Auftrag** zu seiner Beratung und Vertretung. Die Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH nimmt diesen Auftrag an. Sämtliche Mandate bzw Aufträge werden der Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH erteilt, welche durch ihre Rechtsanwälte handelt. Die Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH sowie die für die Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH auftretenden Rechtsanwälte werden in der Folge kurz als „Rechtsanwalt“ bezeichnet.
2. Der Rechtsanwalt ist dazu berechtigt und dazu verpflichtet, den Mandanten in jenem Maße zu vertreten, als dies zur Erfüllung des Mandats bzw Auftrags notwendig und zweckdienlich ist. Im Falle, dass sich die Rechtslage nach einer schriftlich oder mündlich abgegebenen Rechtsbelehrung oder dem (Teil-) Abschluss eines Auftrages bzw Ende des Mandats ändert, ist der Rechtsanwalt nicht verpflichtet, den Mandanten auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.
3. Der Mandant erteilt dem Rechtsanwalt gleichzeitig mit der Mandatserteilung die **Vollmacht**, ihn vor allen Gerichten und Behörden sowie außergerichtlich und außerbehördlich, jeweils in allen öffentlichen und privaten Angelegenheiten, zu vertreten (§ 8 RAO, § 30 Abs 2 ZPO, § 10 AVG, § 58 Abs 2 StPO und § 77 Abs 1 GBG). Diese Vollmacht umfasst insbesondere die unumschränkte Ermächtigung, den Mandanten in den vereinbarten Angelegenheiten sowohl außergerichtlich und außerbehördlich als auch vor Gerichten sowie vor Verwaltungs- und Finanzbehörden, Schiedsgerichten, Vereinsorganen, Vereinsgerichten und -schlichtungsstellen, vor Gebietskörperschaften, bei Kreditinstituten und Banken, oder diesen vergleichbaren Körperschaften, Institutionen und Anstalten, selbst oder durch gleich oder minder bevollmächtigte Substituten, zu vertreten; weiters insbesondere:
 - Zustellungen aller Art, auch zu eigenen Händen, anzunehmen (Zustellvollmacht – § 9 ZustellG);
 - Prozessvollmacht für alle Arten zivilgerichtlicher Verfahren (§ 31 ZPO);
 - Geld und Geldeswert in Empfang zu nehmen und darüber rechtsgültig zu quittieren, insbesondere die vom Prozessgegner oder von der belangten Behörde zu erstattenden Prozesskosten in Empfang zu nehmen;
 - in Grundbuchssachen einverleibungsfähige Urkunden aller Art zu errichten, Gesuche um Bewilligungen und bücherliche Eintragungen aller Art zu stellen, sowie erforderliche Erklärungen abzugeben;
 - Verwaltungsverfahrensvollmacht zur Vertretung in allen Arten verwaltungsbehördlicher und verwaltungsgerichtlicher Verfahren (§ 10 Abs 2 AVG; § 17 VwGVG, jeweils iVm §§ 1006 bzw 1008 ABGB);
 - Beschwerden und sonstige Anträge an Verwaltungsgerichte zu erheben bzw zu stellen und wider solche Beschwerden und sonstigen Anträge zu entgegenn und das gesamte verwaltungsgerichtliche Verfahren zu führen;
 - Beschwerden und sonstige Anträge an den Verfassungsgerichtshof zu erheben bzw zu stellen und wider solche Beschwerden und sonstigen Anträge zu entgegenn und das gesamte verfassungsgerichtshöfliche Verfahren zu führen (§§ 17 Abs 2, 35 Abs 1 VfGG iVm § 30 Abs 2 ZPO);
 - Revisionen und sonstige Anträge an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben bzw zu stellen und wider solche Revisionen und sonstige Anträge zu entgegenn und das gesamte verwaltungsgerichtshöfliche Verfahren zu führen (§§ 24 Abs 2, 62 VwGG iVm § 10 Abs 2 AVG);
 - Strafverteidigungsvollmacht (§ 58 StPO), Haftungsbeteiligtevollmacht, Privatanklage- und Subsidiaranklagevollmacht (§§ 71, 72 iVm § 73 StPO sowie Vollmacht zu Opfervertretung und zur Privatbeteiligung als Opfer im Strafverfahren (§ 67 iVm § 73 StPO);
 - Finanzverfahrensvollmacht zur Vertretung in allen Arten finanzbehördlicher und finanzgerichtlicher Verfahren (§ 83 Abs 2 BAO iVm §§ 1006 bzw 1008 ABGB);
 - Erklärungen abzugeben, Verfahren anhängig zu machen, zu beenden und davon abzustehen, Vergleiche aller Art abzuschließen, Anerkenntnisse abzugeben und Verzichtserklärungen zu leisten;

- überhaupt alle die Verfahren betreffenden Prozesshandlungen vorzunehmen;
 - Rechtsmittel aller Art zu ergreifen und zurückzuziehen;
 - Personen hinsichtlich Bank-, Daten-, Amtsgeheimnissen sowie sonstigen gesetzlichen oder vertraglichen Verschwiegenheitspflichten zu entbinden;
 - Schiedsverträge zu schließen, Schiedsrichter zu wählen, Schiedsklagen anzubringen und zu bestreiten, vor Schiedsgerichten zu vertreten, Schiedsvergleiche abzuschließen und sich auf schiedsgerichtliche Entscheidungen zu einigen;
 - Exekutionen und einstweilige Verfügungen zu erwirken und davon abzustehen sowie alle in Exekutions und Sicherungsverfahren vorkommenden Handlungen vorzunehmen;
 - Verträge aller Art, insbesondere auch Gesellschaftsverträge, zu errichten und abzuändern, Eingaben zum Firmenbuch jeglicher Art vorzunehmen, Sitzungen bzw Versammlungen einzuberufen, in diesen zu vertreten und das Stimmrecht auszuüben;
 - Treuhänder zu bestellen oder selbst Treuhandschaften zu übernehmen;
 - jederzeit Stellvertreter (Substituten) mit gleicher oder minder ausgedehnter Vollmacht zu bestellen;
 - bewegliche und unbewegliche Sachen und Rechte zu veräußern, zu verpfänden oder entgeltlich und unentgeltlich zu übergeben und zu übernehmen;
 - Anleihen und Darlehensverträge zu schließen;
 - bei Erbschaften bedingte oder unbedingte Erbserklärungen abzugeben;
 - eidesstattige Vermögensbekenntnisse abzugeben;
 - im Rahmen der erteilten Vollmacht überhaupt alles vorzukehren, was für nützlich und notwendig erachtet wird.
4. Über Verlangen unterfertigt der Mandant dem Rechtsanwalt jederzeit schriftliche Vollmachten, welche auf die Vornahme einzelner, genau bestimmter oder sämtlicher möglicher Rechtsgeschäfte bzw Rechtshandlungen gerichtet sein können.

B) Allgemeine Auftragsbedingungen

1. Anwendungsbereich

- 1.1. Diese Auftragsbedingungen gelten für sämtliche Tätigkeiten (insbesondere die rechtliche Beratung) und gerichtliche/behördliche wie außergerichtliche Vertretungshandlungen, die im Zuge eines zwischen dem Rechtsanwalt und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnisses (in der Folge auch „Mandat“ genannt) vorgenommen werden.
- 1.2. Diese Auftragsbedingungen gelten auch für alle zukünftigen bzw neuen Mandate, sofern schriftlich nichts anderes vereinbart wird.

2. Grundsätze der Vertretung

- 2.1. Der Rechtsanwalt führt die ihm anvertraute Vertretung gemäß dem Gesetz und vertritt die Rechte und Interessen des Mandanten gegenüber jedermann mit Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit.
- 2.2. Der Rechtsanwalt ist grundsätzlich berechtigt, seine Leistungen nach eigenem Ermessen vorzunehmen und alle Schritte zu ergreifen, insbesondere Angriffs- und Verteidigungsmittel in jeder Weise zu gebrauchen, solange dies dem Auftrag des Mandanten, seinem Gewissen oder dem Gesetz nicht widerspricht.
- 2.3. Erteilt der Mandant dem Rechtsanwalt eine Weisung, deren Befolgung mit auf Gesetz oder sonstigem Standesrecht (zB den „Richtlinien für die Berufsausübung der Rechtsanwälte“ [RL-BA] oder der bisherigen Spruchpraxis der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter [OBDK] bzw der nunmehrigen Spruchpraxis des Obersten Gerichtshofs) beruhenden Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufungsausübung des Rechtsanwaltes unvereinbar ist, wird der Rechtsanwalt die Weisung ablehnen. Sind Weisungen aus Sicht des Rechtsanwaltes für den Mandanten unzweckmäßig oder sogar nachteilig, wird der Rechtsanwalt vor der Durchführung den Mandanten auf die möglicherweise nachteiligen Folgen hinweisen.
- 2.4. Bei Gefahr im Verzug ist der Rechtsanwalt berechtigt, auch eine vom erteilten Auftrag nicht ausdrücklich gedeckte oder eine einer erteilten Weisung entgegenstehende Handlung zu setzen oder zu unterlassen, wenn dies im Interesse des Mandanten dringend geboten erscheint.

3. Informations- und Mitwirkungspflichten des Mandanten

- 3.1. Nach Erteilung des Mandats ist der Mandant auch ohne besondere Aufforderung verpflichtet, dem Rechtsanwalt sämtliche Informationen und Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Mandats von Bedeutung sein könnten, unverzüglich mitzuteilen und alle erforderlichen Unterlagen und Beweismittel zugänglich zu machen.
- 3.2. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, die Richtigkeit der Informationen, Tatsachen, Urkunden, Unterlagen und Beweismittel anzunehmen.
- 3.3. Die Vollständigkeit der vom Mandanten erbrachten Beweismittel hat dieser, auf Verlangen des Rechtsanwaltes, schriftlich zu bestätigen.
- 3.4. Während aufrechten Mandats ist der Mandant verpflichtet, dem Rechtsanwalt alle geänderten oder neu eintretenden Umstände, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein könnten, unverzüglich nach Bekanntwerden derselben mitzuteilen.

4. Verwendungszweck und Urheberrecht

- 4.1. Die vom Rechtsanwalt im Rahmen des Mandats erstellten bzw abgegebenen schriftlichen oder mündlichen Rechtsauskünfte, Stellungnahmen, Gutachten etc dürfen vom Mandant nur im Rahmen des dem Rechtsanwalt bekanntgegebenen Zweckes verwendet bzw gebraucht werden. Die Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Rechtsanwaltes. Eine Haftung des Rechtsanwaltes gegenüber Dritten ist ausdrücklich ausgeschlossen. Der Mandant verpflichtet sich diesfalls, den Rechtsanwalt vollkommen schad- und klaglos zu halten.

- 4.2. Das Urheberrecht und alle Werknutzungsrechte an seinen Leistungen stehen ausschließlich dem Rechtsanwalt zu.
- 4.3. Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Rechtsanwaltes zu Werbezwecken ist unzulässig.

5. Verschwiegenheitsverpflichtung

- 5.1. Der Rechtsanwalt ist zur Verschwiegenheit über alle ihm anvertraute Angelegenheiten und die ihm sonst in seiner beruflichen Eigenschaft bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse seines Mandanten gelegen ist.
- 5.2. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, sämtliche Mitarbeiter im Rahmen der geltenden Gesetze und Richtlinien mit der Bearbeitung von Angelegenheiten zu beauftragen, soweit diese Mitarbeiter über die Verpflichtung zur Verschwiegenheit belehrt worden sind.
- 5.3. Nur soweit dies zur Verfolgung von Ansprüchen des Rechtsanwaltes (insbesondere Ansprüchen auf Honorar des Rechtsanwaltes) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Rechtsanwalt (insbesondere Schadenersatzforderungen des Mandanten oder Dritter gegen den Rechtsanwalt) erforderlich ist, ist der Rechtsanwalt von der Verschwiegenheit entbunden.
- 5.4. Der Mandant kann den Rechtsanwalt jederzeit von der Verschwiegenheitsverpflichtung entbinden.

6. Berichtspflicht des Rechtsanwaltes

Der Rechtsanwalt wird den Mandanten über die von ihm vorgenommenen Handlungen in Zusammenhang mit dem Mandat in angemessenem Ausmaß mündlich (zB telefonisch) oder schriftlich (vorzugsweise per E-Mail) in Kenntnis setzen.

7. Unterbevollmächtigung und Substitution

- 7.1. Der Rechtsanwalt kann sich durch einen bei ihm in Verwendung stehenden Rechtsanwaltsanwärter oder einen anderen Rechtsanwalt oder dessen befugten Rechtsanwaltsanwärter vertreten lassen (Unterbevollmächtigung).
- 7.2. Der Rechtsanwalt darf im Verhinderungsfalle den Auftrag oder einzelne Teilhandlungen an einen anderen Rechtsanwalt weitergeben (Substitution).

8. Honorar

- 8.1. Wenn keine anders lautende Vereinbarung getroffen wurde, hat der Rechtsanwalt Anspruch auf ein angemessenes Honorar.
- 8.2. Auch bei Vereinbarung eines Pauschal- oder Zeithonorars gebührt dem Rechtsanwalt wenigstens der vom Gegner über dieses Honorar hinaus erstrittene Kostenersatzbetrag, auch wenn dieser beim Gegner nicht einbringlich gemacht werden kann. Das Einbringungsrisiko trägt daher der Mandant.
- 8.3. Zu dem dem Rechtsanwalt gebührenden/mit ihm vereinbarten Honorar sind die Umsatzsteuer im gesetzlichen Ausmaß, die erforderlichen und angemessenen Spesen (zB für Fahrtkosten, Telefon, Telefax, Kopien) sowie die im Namen des Mandanten entrichteten Barauslagen (zB Gerichtsgebühren) hinzuzurechnen.
- 8.4. Der Mandant nimmt zur Kenntnis, dass eine vom Rechtsanwalt vorgenommene, nicht ausdrücklich als bindend bezeichnete Schätzung über die Höhe des voraussichtlich anfallenden Honorars unverbindlich und nicht als verbindlicher Kostenvoranschlag zu sehen ist, weil das Ausmaß der vom Anwalt zu erbringenden Leistungen ihrer Natur nach nicht verlässlich im Voraus beurteilt werden kann.
- 8.5. Der Aufwand für die Abrechnung und Erstellung der Honorarnoten wird dem Mandanten nicht in Rechnung gestellt. Dies gilt jedoch nicht für den Aufwand, der durch die auf Wunsch des Mandanten durchgeführte Übersetzung von Leistungsverzeichnissen in eine andere Sprache als Deutsch entsteht. Verrechnet wird, sofern keine anderslautende Vereinbarung besteht, der Aufwand für auf Verlangen des Mandanten verfasste Briefe an den Wirtschaftsprüfer des Mandanten, in denen zB der Stand der anhängigen Causen, eine Risikoeinschätzung für die Rückstellungsbildung und/oder der Stand der offenen Honorare zum Abschlussstichtag angeführt werden.
- 8.6. Der Rechtsanwalt ist zu jedem beliebigen Zeitpunkt, jedenfalls aber quartalsmäßig, berechtigt, Honorarnoten zu legen und Honorarvorschüsse zu verlangen. Honorarnoten sind binnen fünf Tagen zur Zahlung fällig. Zahlungen können mit schuldbefreiender Wirkung nur an den Rechtsanwalt geleistet werden.
- 8.7. Ist der Mandant Unternehmer, gilt eine dem Mandanten übermittelte und ordnungsgemäß aufgeschlüsselte Honorarnote als genehmigt, wenn und soweit der Mandant nicht binnen eines Monats (maßgebend ist der Eingang beim Rechtsanwalt) ab Erhalt schriftlich widerspricht.
- 8.8. Sofern der Mandant mit der Zahlung des gesamten oder eines Teiles des Honorars in Verzug gerät, hat er an den Rechtsanwalt Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe zu zahlen. Darüber hinausgehende gesetzliche Ansprüche (zB § 1333 ABGB) bleiben unberührt.
- 8.9. Sämtliche gerichtliche und behördliche Kosten (Barauslagen) und Spesen (zB wegen zugekaufter Fremdleistungen) können – nach Ermessen des Rechtsanwaltes – dem Mandanten zur direkten Begleichung übermittelt werden.
- 8.10. Bei Erteilung eines Auftrages durch mehrere Mandanten in einer Rechtssache haften diese solidarisch für alle daraus entstehenden Forderungen des Rechtsanwaltes.
- 8.11. Kostenersatzansprüche des Mandanten gegenüber dem Gegner werden hiermit in der Höhe des Honoraranspruches des Rechtsanwaltes an diesen mit ihrer Entstehung abgetreten (§ 19a RAO). Der Rechtsanwalt ist berechtigt, die Abtretung dem Gegner jederzeit mitzuteilen und eigene fällige Honorarforderungen gegen Ansprüche des Mandanten – soweit nicht standesrechtliche Verbote entgegenstehen – aufzurechnen.
- 8.12. Die Leistungen des Rechtsanwaltes werden nach Wahl des Rechtsanwaltes nach Zeitaufwand (auf Grundlage der jeweils vereinbarten Stundensätze) oder nach RATG und/oder AHK und/oder NTG (dabei gemäß § 23 Abs 2 RATG wiederum nach Wahl des Rechtsanwaltes nach Einheitssatz oder Einzelleistungen) verrechnet. Die Verrechnung von Barauslagen erfolgt gesondert nach Aufwand. Bei Verrechnung nach Zeitaufwand – der jeweilige Stundensatz ist indivi-

duell vorzuschlagen bzw zu vereinbaren – wird die Gesamtzeit, die dem Mandanten gewidmet wird, verrechnet; unteilbare Mindestzeiteinheit stellen diesfalls jeweils angefangene zehn Minuten dar.

9. Haftung des Rechtsanwaltes

- 9.1. Die **Haftung** des Rechtsanwaltes für allfällige Schäden aus oder im Zusammenhang mit sämtlichen Leistungen ist insgesamt, also für alle Beteiligten (inklusive Gesellschafter, Geschäftsführer, selbständig tätige Rechtsanwälte oder sonstige Mitarbeiter des Rechtsanwaltes) auf die für den konkreten Schadensfall zur Verfügung stehende Versicherungssumme gemäß § 21a Abs 4 RAO **beschränkt**, das sind **€ 2.400.000,-** (in Worten: Euro zwei Millionen vierhunderttausend). Der Rechtsanwalt haftet, soweit der Mandant nicht Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist, nur für grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Schadensverursachung. Für Folgeschäden oder entgangenen Gewinn wird hier jedenfalls nicht gehaftet. Eine direkte Haftung eines Gesellschafters, Geschäftsführers, selbständig tätigen Rechtsanwaltes oder eines sonstigen Mitarbeiters des Rechtsanwaltes wird ausdrücklich ausgeschlossen.
- 9.2. Der gemäß Punkt 9.1. geltende Höchstbetrag umfasst alle gegen den Rechtsanwalt wegen fehlerhafter Beratung und/oder Vertretung bestehenden Ansprüche, wie insbesondere auf Schadenersatz und Preisminderung. Der gemäß Punkt 9.1. geltende Höchstbetrag bezieht sich auf einen Versicherungsfall. Bei Vorhandensein zweier oder mehrerer konkurrierender Geschädigter (Mandanten) ist der Höchstbetrag für jeden einzelnen Geschädigten nach dem Verhältnis der betraglichen Höhe der Ansprüche zu kürzen.
- 9.3. Die Haftungsbeschränkungen gemäß Punkt 9.1. und 9.2. gelten auch zugunsten aller für die Gesellschaft (als deren Gesellschafter, Geschäftsführer, angestellte Rechtsanwälte oder in sonstiger Funktion) tätigen Rechtsanwälte.
- 9.4. Der Rechtsanwalt haftet nicht für mit Kenntnis des Mandanten im Rahmen der Leistungserbringung mit einzelnen Teilleistungen beauftragte Dritte (insbesondere externe Gutachter, Steuerberater, Wirtschaftstreuhänder, sonstige Sachverständige etc), die weder Dienstnehmer noch Gesellschafter sind.
- 9.5. Der Rechtsanwalt haftet nur gegenüber seinem Mandanten, nicht gegenüber Dritten. Der Mandant ist verpflichtet, Dritte, die aufgrund des Zutuns des Mandanten mit den Leistungen des Rechtsanwaltes in Berührung geraten könnten, auf diesen Umstand ausdrücklich hinzuweisen. Hierbei ist der Mandant verpflichtet, den Rechtsanwalt vollkommen schad- und klaglos zu halten.
- 9.6. Der Rechtsanwalt haftet für die Kenntnis ausländischen Rechts nur bei schriftlicher Vereinbarung oder wenn er sich ausdrücklich dazu erbötig gemacht hat, ausländisches Recht zu prüfen. EU-Recht gilt nicht als ausländisches Recht, wohl aber das Recht der Mitgliedstaaten.
- 9.7. Der Rechtsanwalt übernimmt auch keinerlei Haftung für die steuerlichen und/oder sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen der rechtlich empfohlenen Handlungen und Unterlassungen für den Mandanten und empfiehlt dem Mandanten, bei einem hiezu qualifizierten Fachmann (Steuerberater) gesonderten Rat einzuholen.

10. Verjährung und Präklusion

Soweit nicht gesetzlich eine kürzere Verjährungs- oder Präklusivfrist gilt, verfallen sämtliche Ansprüche gegen den Rechtsanwalt, wenn sie nicht vom Mandanten binnen sechs Monaten (falls der Mandant Unternehmer iSd Konsumentenschutzgesetzes ist) oder binnen eines Jahres (falls der Mandant nicht Unternehmer ist) ab dem Zeitpunkt, in dem der Mandant vom Schaden und der Person des Schädigers oder vom sonst anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt, gerichtlich geltend gemacht werden, längstens aber nach Ablauf von drei Jahren nach dem schadenstiftenden (anspruchsbegründenden) Verhalten (Verstoß).

11. Rechtsschutzversicherung des Mandanten

- 11.1. Verfügt der Mandant über eine Rechtsschutzversicherung, so hat er dies dem Rechtsanwalt unverzüglich bekannt zu geben und die erforderlichen Unterlagen (soweit verfügbar) vorzulegen. Der Rechtsanwalt ist nicht dazu verpflichtet, von sich aus Informationen darüber einzuholen, ob und in welchem Umfang eine Rechtsschutzversicherung besteht und um rechtsschutzmäßige Deckung anzusuchen.
- 11.2. Die Bekanntgabe einer Rechtsschutzversicherung durch den Mandanten und die Erwirkung rechtsschutzmäßiger Deckung durch den Rechtsanwalt lässt den Honoraranspruch des Rechtsanwaltes gegenüber dem Mandanten unberührt und ist nicht als Einverständnis des Rechtsanwaltes anzusehen, sich mit dem von der Rechtsschutzversicherung geleisteten Honorar zufrieden zu geben.
- 11.3. Der Rechtsanwalt ist nicht verpflichtet, das Honorar von der Rechtsschutzversicherung direkt einzufordern, sondern kann das gesamte Entgelt vom Mandanten begehren.

12. Beendigung des Mandats

- 12.1. Das Mandat kann vom Rechtsanwalt oder vom Mandanten ohne Einhaltung einer Frist und ohne Angabe von Gründen jederzeit aufgelöst werden. Der Honoraranspruch des Rechtsanwaltes bleibt davon unberührt.
- 12.2. Im Falle der Auflösung durch den Mandanten oder den Rechtsanwalt wird der Rechtsanwalt für die Dauer von 14 Tagen den Mandanten insoweit noch vertreten, als dies nötig ist, um den Mandanten vor Rechtsnachteilen zu schützen. Diese Pflicht besteht nicht, wenn der Mandant das Mandat widerruft und zum Ausdruck bringt, dass er eine weitere Tätigkeit des Rechtsanwaltes nicht wünscht oder nicht bereit oder in der Lage ist, diese zu bezahlen.

13. Herausgabe und Verwahrung

- 13.1. Der Rechtsanwalt hat nach Beendigung des Auftragsverhältnisses auf Verlangen dem Mandanten Urkunden im Original zurückzustellen. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, Kopien dieser Urkunden zu behalten.
- 13.2. Soweit der Mandant nach Ende des Mandats nochmals Schriftstücke (Kopien von Schriftstücken) verlangt, die er im Rahmen der Mandatsabwicklung bereits erhalten hat, sind die Kosten vom Mandanten zu tragen.

- 13.3. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, seine Handakten frühestens nach zwei Jahren nach Beendigung des Mandats einschließlich aller sich bei ihm befindlicher Unterlagen zu vernichten und die von ihm gespeicherten Daten unwiderruflich zu löschen. Der Mandant stimmt der Vernichtung der Akten (auch von Originalurkunden) nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht zu.
- 14. Rechtswahl und Gerichtsstand**
- 14.1. Diese Auftragsbedingungen und das durch diese geregelte Mandatsverhältnis unterliegen materiellem österreichischem Recht unter Ausschluss der Verweisnormen.
- 14.2. Mit Mandanten, welche nicht Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes sind, wird für Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesen Auftragsbedingungen und das durch diese geregelte Mandatsverhältnis, wozu auch Streitigkeiten über die Gültigkeit zählen, die ausschließliche Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes in Graz vereinbart, soweit dem nicht zwingendes Recht entgegensteht. Der Rechtsanwalt ist jedoch auch berechtigt, Ansprüche gegen den Mandanten auch bei jedem anderen Gericht im In- und Ausland einzubringen, in dessen Sprengel der Mandant seinen Sitz, Wohnsitz, eine Niederlassung oder Vermögen hat.
- 15. Schlussbestimmungen**
- 15.1. Änderungen oder Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform, sofern nicht der Mandant Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist.
- 15.2. Erklärungen des Rechtsanwaltes an den Mandanten gelten jedenfalls als zugegangen, wenn sie an die bei Mandaterteilung vom Mandanten bekannt gegebene oder die danach schriftlich mitgeteilte, geänderte Adresse (insbesondere e-mail-Adresse oder Telefaxnummer) versandt werden. Der Rechtsanwalt kann mit dem Mandanten aber – soweit nichts anderes vereinbart ist – in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise korrespondieren. Nach diesen Auftragsbedingungen schriftlich abzugebende Erklärungen können – soweit nichts anderes bestimmt ist – auch mittels Telefax oder E-Mail abgegeben werden.
- 15.3. Der Rechtsanwalt ist ohne anders lautende schriftliche Weisung des Mandanten dazu berechtigt, den E-Mail-Verkehr mit dem Mandanten in nicht verschlüsselter Form abzuwickeln. Der Mandant erklärt, über die damit verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein und in Kenntnis dieser Risiken zuzustimmen, dass der E-Mail-Verkehr und sonstiger elektronischer Verkehr nicht in verschlüsselter Form durchgeführt wird.
- 15.4. Der Mandant erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass der Rechtsanwalt die dem Mandanten und/oder sein Unternehmen betreffenden personenbezogenen Daten insoweit verarbeitet, überlässt oder übermittelt (iSd Datenschutzgesetzes), als dies zur Erfüllung der dem Rechtsanwalt vom Mandanten übertragenen Aufgaben notwendig und zweckmäßig ist oder sich aus gesetzlichen oder standesrechtlichen Verpflichtungen des Rechtsanwaltes (zB Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr etc) ergibt.
- 15.5. Der Rechtsanwalt ist auch befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages durch Dritte verarbeiten zu lassen.
- 15.6. Die Unwirksamkeit einer oder einzelner Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen oder des durch diese Auftragsbedingungen geregelten Vertragsverhältnisses lässt die Gültigkeit der übrigen Vereinbarung unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich diesfalls, die unwirksame(n) Bestimmung(en) durch eine dieser im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst nahekommende Regelung zu ersetzen. Dies gilt auch für etwaige Lücken dieser Auftragsbedingungen oder des durch diese Auftragsbedingungen geregelten Vertragsverhältnisses.

C) Datenschutzerklärung

1. Wir, die Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH, verarbeiten die von unserem jeweiligen Mandanten zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Datenschutzanpassungsgesetz 2018 (DSG neu).
2. Wir sind standesrechtlich (gemäß § 9 RAO) bzw vertraglich zur Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung des Datengeheimnisses gemäß § 6 DSG neu verpflichtet. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt ausschließlich auf Basis eines in Art 6 Abs 1 DSGVO festgelegten Rechtfertigungsgrundes, primär zum Zweck der Erbringung der vertraglich zugesicherten Leistungen und zum Zweck der Erfüllung diverser gesetzlicher Verpflichtungen, sowie im Einzelfall auf Grundlage berechtigter Interessen von uns (Art 6 Abs 1 lit f DSGVO). Die Daten werden auch aufgrund einzelner Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich insbesondere aus dem UGB, der BAO sowie weiterer gesetzlicher Vorschriften ergeben, verarbeitet. Innerhalb des Betriebes der Neger/Ulm Rechtsanwälte GmbH erhalten nur jene Mitarbeiter Zugriff auf die zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten, welche diese im Rahmen der vorstehend genannten Zwecke benötigen. Wir verarbeiten und speichern die zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten nur so lange, solange dies für die Erfüllung der vorgenannten Zwecke erforderlich ist. Nach Zweckerreichung sowie nach Ablauf gesetzlicher Aufbewahrungspflichten werden diese Daten gelöscht.
3. Des Weiteren können die personenbezogenen Daten auch an von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Dienstleister) übermittelt werden, falls diese den von uns schriftlich vorgegebenen datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen und sich uns gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichten. Dazu wird mit den eingesetzten Dienstleistern eine Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art 28 DSGVO abgeschlossen. Eine Datenübermittlung in Länder

außerhalb der EU bzw des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nur statt, soweit dies zur Durchführung der Vertragserfüllung erforderlich ist.

4. Sie als Mandant stellen für Ihren eigenen Verantwortungsbereich und solcherart Verantwortlicher im Sinne der DSGVO sicher, dass Sie gegenüber den Betroffenen Ihrer eigenen Informationspflicht gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO nachkommen und die Betroffenen über ihre Betroffenenrechte gemäß Artikel 15 bis 20 DSGVO aufgeklärt werden. Des Weiteren stellen Sie als Verantwortlicher sicher, dass die personenbezogenen Daten rechtmäßig an uns weitergeben werden.
5. Soweit wir als datenschutzrechtlich Verantwortlicher auftreten, werden wir den Informationspflichten gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO nachkommen.
6. Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Data Breach) wird jene Vertragspartei, welche diesen Datenschutzvorfall verursacht oder zu verantworten hat, die Entscheidung über eine allfällige Meldung an den Betroffenen und/oder die Datenschutzbehörde treffen. Für die Löschungen von personenbezogenen Daten sind sowohl Sie als auch wir jeweils für den eigenen Verantwortungsbereich verantwortlich.
7. Soweit wir gegenüber Ihnen Verantwortlicher sind, stehen Ihnen gegenüber uns folgende Betroffenenrechte zu, sofern diese nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen: Recht auf Auskunft darüber, ob und wenn ja welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden; Recht auf Erhalt von Kopien der gespeicherten personenbezogenen Daten; Recht auf Berichtigung, Ergänzung oder Löschung der personenbezogenen Daten; Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten; Recht auf Übertragung der personenbezogenen Daten; unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu widersprechen; das Recht darauf, die erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass dadurch die Rechtmäßigkeit der infolge der Einwilligung bis zum allfälligen Widerruf der Einwilligung erfolgten Verarbeitung berührt wird; das Recht darauf, bei der zuständigen Datenbehörde (Österreichische Datenschutzbehörde) Beschwerde zu erheben; Recht auf Auskunft über die Identität von Dritten, an welche die personenbezogenen Daten übermittelt werden.
8. Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzerklärung jederzeit unter Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen zu ändern.

....., am

....., am

.....

.....